

Bezugspreis:
Monatlich 3.60 M. durch unsere Erzeugnisse
und Agenten frei ins Haus bestellt; bei
der Post abgeholt monatlich 3.15 M.;
vierteljährlich 9.45 M.; durch den Briefträger
zugeführt monatlich 3.30 M., vierteljährlich 9.90 M.
Frei-Beilagen:
Sommer- und Winterfahrplan.
Kassauerer Landzeit.
Erscheint täglich
außer an Sonn- und Feiertagen.

Kassauer Botte

Verantwortlich: Dr. Albert Sieber. Notationsdruck u. Verlag der Limburger Vereinsdruckerei, G. m. b. H.: J. Becker, Direktor, alle in Limburg.

Anzeigenpreis:
Die achtseitige Seite oder deren Raum
50 Pfg. Bei Stellungsgelegenheiten und Stellen-
angeboten ist die vierte Aufnahme unentgeltlich.
Kleinanzeigen 1.20 M. die Zeile.
Anzeigenannahme:
Für die Tagesausgabe bis 5 Uhr am Vorabend.
Nachtrag nur bei Wiederholungen und
pünktlicher Bezahlung.
Geschäftsstelle: Dierkestraße 17
Fernsprech-Anschluß Nr. 8.
Postfachkonto 12382 Frankfurt.

Neues vom Tage.

Am Mittwoch Nachmittag ist in der Schweiz ein kurzes, frägliches Erdbeben verspürt worden.
Die russische Handelsdelegation hat beschlossen, nach Russland zurückzukehren, weil die englische Regierung Witwinoff den Zutritt in England verweigerte und Witwinoff es ablehnte, ohne Witwinoff zu fahren.
Die litauische Verfassungsgebende Versammlung ist auf den 15. Mai einberufen worden.
Aus Warschau wird berichtet, daß der Sowjet-Kommissar für Neuere auf neue vorgeschlagen hat, in Grodno und Bialystok Friedensverhandlungen zu eröffnen.
Der ungarische Minister des Innern hat die Abhaltung der Wahlen für die Nationalversammlung in den von der fremden Besetzung befreiten 29 Wahlbezirken jenseits der Theiß für den 13. Juni angeordnet.
Der König von Spanien hat den Konjunktions-Dat mit der Kabinettsbildung beauftragt.
Der Hochschulausschuss künftiger Wiener Hochschulen hat die Forderung nach Einführung des numerus clausus (geschlossene Züge) auf der Basis der Staatsbürgerschaft und des Proportions der Bevölkerung überreicht.
Die Regierung von Mexiko hat sich Armenien ein Ultimatum gegeben, in dem die Räumung der strittigen Grenzgebiete verlangt wird. Armenien hat das Ultimatum abgelehnt.
Die New Yorker Zeitung Washington: Das amerikanische Hilfswerk für Deutschland und Österreich hat den Unterschriftenbeitrag von einer Million Dollars überreicht.

* Zur Frage der Koalitionspolitik des Zentrums.

Mit großer Verwunderung wird man es in weiten Kreisen des Volkes erfahren, daß bei den Mitgliedern der neuen Partei des Zentrums-Reformer die bisherige Koalitionspolitik des Zentrums immer noch nicht das nötige Verständnis gefunden hat, und zwar in einem solchen Maße, daß sie ihre Abneigung gegen diese Koalitionspolitik zum hauptsächlichsten Ausgangspunkt nehmen für ihre Abspaltung von der alten, großen, allgemeinen Zentrums-Partei. Bisher hatte man den Eindruck, daß inzwischen durch die zahlreichen Darlegungen dieser Koalitionspolitik in der Presse und in Reden unserer Abgeordneten eine völlige Ueberzeugung dahin erreicht worden sei, daß diese Politik unumkehrbar war, daß dasjenige, was erreicht worden ist, nur durch diese Politik erreicht werden können und daß, wenn das Zentrum den Eintritt in die Koalition ablehnt, hätte, sicher viel weniger, wahrscheinlich aber gar nichts erreicht werden würde. Und nun sieht man auf einmal, daß gerade unter den Intellektuellen der Partei die einfachen Gesichtspunkte, welche dem gesunden Sinne des Volkes allmählich voll aufgegangen sind, immer wieder auf Verständnisschwierigkeiten oder Abneigung stoßen. Es scheint, daß man sich in diesen Kreisen nicht genügend die Verhältnisse der Parteien in der Nationalversammlung gegenüberstellt. Sonst wäre das doch platterdings nicht möglich.

Wie liegt die Sache? Die Nationalversammlung hat 423 Mitglieder. Von diesen gehören zur Linken die Sozialdemokraten mit 105 Mitgliedern, die Deutsche Demokratische Partei mit 76 Mitgliedern, wozu noch die unabhängigen Sozialdemokraten mit 22 Mitgliedern kommen. Das macht zusammen 203 Mitglieder. Die Rechte besteht aus der Deutschnationalen Volkspartei mit 42 Mitgliedern und der Deutschen Volkspartei mit 22 Mitgliedern, zusammen also aus 64 Mitgliedern. Dazwischen stand das Zentrum mit 90 Mitgliedern. Wenn sich das Zentrum mit der Linken koalitierte, so ergab das 90 + 105 = 195 Mitglieder. Dann hätten das Zentrum und die Rechte mit 154 der Linken mit 203 Mitgliedern gegenübergestanden. Dann wäre die Linke gezwungen gewesen, die Verfassung ganz allein zu machen, wozu sie eine genügende, wenn auch verhältnismäßig knappe Mehrheit hatte. Sie hätte dann aber auf die 22 unabhängigen Sozialdemokraten weitgehende Rücksicht nehmen müssen. Wie dann die Verfassung ausgefallen wäre, kann sich doch jeder an den zehn Fingern abzählen.

Statt dessen ist das Zentrum eine Koalition eingegangen mit der sozialdemokratischen u. demokratischen Partei. Dadurch kam eine Koalition von 240 + 90 = 330 Mitgliedern heraus. Mit dieser Koalition ist bisher regiert und vor allem die Verfassung gemacht worden. Innerhalb dieser Koalition hatte aber doch das Zentrum von 360 Mitgliedern nur 90 Mitglieder, also wenig mehr als ein Viertel. Wenn man also beurteilen will, ob das Zentrum seiner Aufgabe innerhalb der Koalition gerecht geworden ist, so darf man nie aus dem Auge lassen, daß eben das Zentrum innerhalb der Koalition nur über wenig mehr als ein Viertel verfügen konnte. Mit diesem Viertel also hat das Zentrum innerhalb der Koalition alles dasjenige durchgesetzt, was durchgesetzt worden ist. Man sollte meinen, daß diese so einfache und klare Lage doch allmählich den allen Seiten faßlich geworden sein könnte. Es ist aus den Kreisen, welche jetzt als Zentrums-Reformer sich zusammenschließen haben, dem Zentrum oft genug vorgeworfen worden, es habe in der Verteidigung der kulturellen, also vor allem der religiösen „Interessen“ es an der nötigen Festigkeit fehlen lassen. Man sollte fragen, daß, wenn das Zentrum mit seinem Anteil von einem Viertel innerhalb der Koalition so viel erreicht hat, wie tatsächlich erreicht worden ist, es das nur mit Entschloß aller Festigkeit, Bähigkeit und Ausdauer

hat erreichen können. Tatsächlich weiß auch jeder, der näher diese Dinge gekannt hat, daß in dem Ringen um die Verfassung von den Mitgliedern des Zentrums das Heuwerk an Kraft, Unstetigkeit, Geschicklichkeit und Ausdauer geleistet worden ist, was nur möglich war. Es ist wirklich unverständlich, wie man noch immer einen derart absolut ungerechten Vorwurf gegen die Vertreter des Zentrums erheben kann.

Was insbesondere die Verfassung anlangt, so sei darauf hingewiesen, daß der gesamte deutsche Episkopat angesichts der Stellung des Abgeordneten der Nationalversammlung ausdrücklich seinen Dank ausgesprochen hat für das, was sie „in Verteidigung der kirchlichen Grundsätze zur Verbesserung und Ergänzung“ der Verfassung getan haben. Der Erzbischof von München erklarte in dieser „entscheidendsten Mitarbeit“ an der Reichsverfassung „ein untergeordnetes großes Verdienst“ um unser Volk und um die Kirche im Deutschen Reich.

Sobann hat Herr Prälat Dr. Rausbach in seiner Rede, gehalten auf dem Reichsparteitag des Zentrums am 22. Januar 1920, folgendes öffentlich mitgeteilt: „Schon bald nach Vollendung der Verfassung hatte mir eine hohe kirchliche Stelle, deren Urteil mir absolut beruhigend, den ausdrücklichen Auftrag gegeben, den katholischen Mitgliedern des Verfassungsausschusses im Namen der Kirche für ihre ersten und ehrlichen Bemühungen zu danken.“ Man sollte meinen, daß angesichts dieser Tatsache die Vorwürfe gegen das Zentrum, als ob es bei Verabschiedung der Verfassung in Verteidigung der kirchlichen Grundsätze und der kirchlichen Interessen faul, nachlässig oder allzu nachgiebig oder sonst etwas gewesen sei, calid verstummen sollten.

Wer aber immer noch die Koalitionspolitik des Zentrums glaubt angreifen zu sollen, der ist nun doch verpflichtet, endlich einmal den Weg anzugehen, auf dem mehr und Besseres hätte erreicht werden können. Für eine Katastrophentheorie, welche zunächst alles ruhig auseinander setzen will, damit dann aus dem Uebermaß des Schicksals das Gute wieder entstehen könne, wird man bei dem gesunden Sinn des Volkes niemals Verständnis finden. Ganz mit Recht hat Herr Oberbürgermeister in einer seiner Reden in der Bürgergesellschaft in Köln, als die Koalitionspolitik eingelegt wurde, darauf hingewiesen, daß das die Politik der französischen Katholiken gewesen sei, daß es aber auf diesem Wege zur Verschlagung des ganzen Organismus der katholischen Kirche in Frankreich gekommen sei, und daß demnach die deutschen Katholiken dieses Beispiel unter keinen Umständen mitmachen dürften.

* Wegen die Absplittungsbestrebungen im Zentrum. In Düsseldorf wurde in einer Versammlung der Wahlkreisvertretung der Zentrums-Partei des 25. Wahlkreises Düsseldorf 2 folgende Entscheidung gefaßt:

Die von allen Ständen, Frauen, Geistlichen, Akademikern, Lehrern, Landwirten, Arbeitern, Kaufleuten, Industriellen, Handwerkern, Beamten, Angestellten und Pressevertretern vollständig besetzte Versammlung der Wahlkreisvertretung der Zentrums-Partei des fünfundzwanzigsten Wahlkreises (Düsseldorf 2) verurteilt mit aller Entschiedenheit die in Köln erfolgte Gründung einer sogenannten Christlichen Volkspartei. Versammlung ist der Ueberzeugung, daß die von der neuen Partei erstrebten kulturellen und wirtschaftlichen Ziele einzig und allein durch das alte geschlossene Zentrum erreicht werden können. Darum fordert die Wahlkreisvertretung alle Zentrumsanhänger im Wahlkreise Düsseldorf 2 auf, die Verhältnisse der neuen Partei entschieden abzuweisen u. mit aller Kraft einzutreten in den Wahlkampf für die Kandidatenliste unserer erprobten, kampfgewohnten und festesten Zentrums-Partei unter dem alten Schilde: Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht!

Ein Lobspruch auf das Zentrum aus Gegnersmunde.

Inner mehr wird man sich auch in evangelisch-kirchlichen Kreisen bewußt, welche Bedeutung die Zentrums-Partei hat. Im „Neuen Sächsischen Kirchenblatt“ (Nr. 17 vom 25. April) heißt es folgendermaßen:

„Denn am 9. November 1918 u. am 11. August 1919 keine Zentrums-Partei dagewesen wäre und die kirchlichen Interessen hätte vertreten können, so hätte die evangelische Kirche ohne jeden Zweifel Konkurs anmelden müssen.“ In derselben Nummer heißt es dann weiter: „Es muß noch einmal hervorgehoben werden, nicht die freundliche Stellung der drei bürgerlichen Parteien, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Deutschdemokratischen Volkspartei, gegenüber der christlichen Kultur oder dem Christentum hat

die Lage vorläufig gerettet — denn sie alle stützen sich nicht auf die Waffen, die in der Demokratie den Ausschlag geben. Es war allein das Zentrum, das der erdrückenden Macht einer politisch zusammengefaßten Masse in religiösen und kirchlichen Fragen Achtung und Zurückhaltung gebot.“

Zentrumsanhänger, merkt auch diese starke Anerkennung der Leistungen der Zentrums-Partei aus evangelisch-kirchlichem Munde! Die Wahlen stehen vor der Tür. Nur unermüdete Arbeit kann uns zum Erfolg helfen.

Die Auslegung der Wählerlisten.

Berlin, 5. Mai. Der Reichsminister des Innern hat durch eine im „Reichsanzeiger“ veröffentlichte Bekanntmachung angeordnet, daß die Wählerlisten der Wahlkreise vom Sonntag den 9. Mai bis Sonntag den 16. Mai ausgelegt werden müssen. Vor Auslegung der Wählerlisten haben die Gemeindevorstände bekanntzugeben, wo und wie lange die Wählerlisten zu jedermanns Einsicht ausgelegt werden, sowie in welcher Zeit und in welcher Weise Einsprüche gegen die Wählerlisten erhoben werden können. Die Bekanntmachung hat spätestens am 8. Mai zu erfolgen. Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Wählerlisten sind spätestens bis 16. Mai bei den zuständigen Gemeindevorständen einzulegen.

Das Bistum Berlin als Zeitungsente.

Die Errichtung eines Bistums Berlin stellte gestern eine Mitteilung des Berliner Lokalanzeigers in Aussicht. Das Blatt behauptet, daß das Mitglied der Nationalversammlung, der Zentrums-Abg. Dr. Rausbach, als Bischof für Berlin in Aussicht genommen sei. Die Errichtung eines Bistums Berlin, soll angeblich erforderlich sein, weil nach kirchlichem Brauch eine Kurie — eine päpstliche Kurie — soll bekanntlich in Berlin errichtet werden — nur an einem Bischofsstuhle sein soll.

Gegenüber dieser Mitteilung des Berliner Lokalanzeigers stellt die E. V. E. fest, daß an ausländischer Stelle von derartigen Absichten nicht das mindeste bekannt ist. An der ganzen Mitteilung des Berliner Lokalanzeigers ist kein wahres Wort.

Eine nicolische Enthüllung des Ratsch-Obersten Bauer.

Karl v. Wiegand, der bekannte Korrespondent des „New York American“ hat jüngst den General Ludendorff in einer Wollischen Sitzung besucht und ausgefragt. Was Ludendorff zu sagen wußte, erscheint wenig bemerkenswert. Wenig glaubwürdig erscheint Ludendorffs Angabe, daß er beabsichtige, in einigen Tagen nach Berlin zurückzukehren. Wir glauben, daß es General Ludendorff wegen des gegen ihn erfolgten Haftbefehls wohl bei der Absicht beenden lassen werde. Danach hat Wiegand auch den eigentlichen Ratsch-Obersten Bauer besucht und ausgefragt; er traf den stiefbrüchlich verfolgten Obersten im Leben u. Treiben einer Stadt. Bauer hat ihm dabei unter anderem gesagt:

Unter den irrigen Auffassungen ist die allgemeine Fiktion, daß die Oberste Seeresleitung in Bezug auf Deutschlands politische und militärische Lage absolute diktatorische Macht besäße, während sie in Wirklichkeit nicht einmal auf militärischen Gebieten die Entscheidung hatte. Die Oberste Seeresleitung war ja nur eine von den acht Ämtern, die den Kaiser umgeben. Der Generalstab mußte oft um das Kommando diekelteln, und auf die wichtigsten Entscheidungen mußten wir mitunter wochenlang warten. Man konnte den Kaiser nicht zu einer Entscheidung bringen. Im Januar 1918 erklärte ich Ludendorff, daß der Kaiser abgesetzt werden müsse, denn der Ausgang des Krieges sei gefährdet, und drang darauf, daß diesbezügliche Schritte getan würden.“

Wiegand fügt hinzu, daß der Mann an Hindenburgs unerschütterlicher Position gescheitert sein soll. Diese und andere Schilderungen sollen in einem Buche, an dem Oberst Bauer zur Zeit arbeitet, enthalten sein.

Wenn Wiegands Angaben der vollen Wahrheit entsprechen, so würde Oberst Bauer sich damit selbst als einen Mann kennzeichnen, der keine festen Grundsätze hat, sondern dem das Konspirieren und Verschwören sozusagen im Blute liegt: einmal konspiriert er gegen Kaiser Wilhelm, das andere Mal gegen die verfassungstreue republikanische Regierung; immer aber zu Gunsten einer Militär-Diktatur, eines Edelregiments. Kein Wunder, wenn Oberst Bauer bei diesem Verstandeswandel schließlich im März 1920 dabei angelangt war, sich mit unheimlichen Kommunisten und Sozialistenschändern zu verbünden gegen die legitime Gewalt. Es kann einen leid tun, daß der Große Generalstab sich mit Leuten von solchem Kaliber abgegeben und ihnen im Kriege große Gewalt in die Hand gegeben hat. Oberst Bauer rinkt für uns auf gleicher Linie wie Viehdiebstahl, Rofa Luxemburg und Redebott.

Russland und Japan.

Ein Holländischer Nachrichten-Büro meldet aus Tokio: Die Friedensunterhandlungen zwischen Japan und Russland haben in Moskau begonnen. Die Japaner haben alle Waffenstillstandsbedingungen der Japaner angenommen; jedoch ist deren Inhalt noch nicht bekannt. Augenblicklich wollen die Russen baldmöglichst zum Friedensschlusse mit Japan kommen, um ihre ganze Kraft gegen die Polen wenden zu können.

Preussische Landesversammlung.

* Berlin, 5. Mai.

Die preuss. Landesversammlung nahm heute einer Gesandten zur Feststellung der Verhandlungsordnung für den Seidungsverband Ruhrkohlenbezirk in zweiter und dritter Lesung ohne wesentliche Debatte einstimmig an.
Dann verhandelte man das Gesetz über die Bildung von Bodenverbesserungs-Gesellschaften, das der Landesversammlung bereits vor einem Jahre vorgelegt worden war. Der Entwurf sieht vor, daß die Eigentümer von Moor, Heide und ähnlichen Bänderen zu Genossenschaften vereint werden können, zu dem Zweck, diese Bänderen nach einem einheitlichen Plan in Acker, Wiesen, Weiden oder Holzungen umzuwandeln und nach Bedarf zu bewirtschaften und zu nutzen.

Einspruch gegen das Gesetz erhob nur der Sprecher der Deutschen Volkspartei. Den Einwänden des volksparteilichen Sprechers, daß das Gesetz mit Bezug in das Eigentumsrecht des Grundbesitzes eingreife, ließ der Landwirtschaftsminister Braun nicht gelten und verwies auf die Reichsverfassung, nach der die Bewirtschaftung des Grund und Bodens eine Pflicht des Eigentümers gegenüber der Gesamtheit sei. Im Interesse unserer Volksernährung müßten alle ertraglosen Grundstücke urbar gemacht werden. Die ertraglosen, umfangreichen Flächen könnten in Kulturböden nur umgewandelt werden, wenn der Staat die geschätzten Mittel dazu in der Hand habe. In unserer Armut könnten wir uns den Luxus unfruchtbarer Bänder nicht mehr leisten. In Preußen, so stellte Minister Braun fest, sind in Staatsbesitz 160 000 Hektar Oedland, im Privatbesitz 1,4 Millionen Hektar; von 1850 bis Ende 1918 wurden etwa 8000 Hektar kultiviert. Die Kultivierung sei also recht langsam vor sich gegangen. Das freie Eigentumsrecht müsse daher zurücktreten. Die preussische Forstverwaltung habe seit Ende 1918 bis jetzt 4000 Hektar Waldböden als Eigentum und 2000 Hektar in Pacht meist an kleine Leute abgegeben. Durch Entwässerung könnten ferner noch 2 1/2 Millionen Hektar schmerzlichen Bodens gewonnen werden. Endlich seien in Preußen außerdem noch 2 1/2 Millionen Hektar umwandlungsbedürftige Flächen vorhanden.

Das Gesetz wurde dann unter Ablehnung aller Änderungsanträge in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Dt. Volkspartei angenommen.

In der morgigen Sitzung wird voraussichtlich die Abstimmung über die Anträge auf Auflösung der Einwohnervereine, die mehrfach verschoben wurde, vorgenommen werden und dann die zweite Lesung des Notstandsbeginnen.

Die preussische Besoldungsvorlage.

Berlin, 6. Mai. Der Besoldungsausschuss der preuss. Landesversammlung hat nach längeren Verhandlungen beschlossen, die Besoldungsvorlage für die Beamten, Lehrer, Pfarrer und das Gesetz für die Rentenregelung der alten Pensionäre, sowie die Besoldungsfrage unberührt anzunehmen und dem Plenum zur sofortigen Verabschiedung zu empfehlen.

Der Kesttenrat der preuss. Landesversammlung beschloß, am heutigen Donnerstag die Anträge auf Gewährung einer besonderen Zulage für die Beamten in den besetzten Gebieten auf die Tagesordnung zu setzen. Am Freitag folgen dann die zweite und dritte Lesung der Besoldungsvorlage und die Vorlage über die Bekleidung der Adelsvorrechte.

Ein polnisch-ukrainischer Grenzvertrag.

Der Amsterdamer „Telegraaf“ gibt eine Londoner Meldung wieder, wonach in Warschau zwischen Polen und der Ukraine ein Grenzabkommen geschlossen wurde. Im allgemeinen folgt die neue Grenzlinie der alten. Am Bug tritt die Ukraine eine große Fläche Landes mit anderthalb Millionen Polen ab und erhält dafür Ostgalizien mit Ausnahme eines Teiles von Wolhynien.

Erdbeben in der Schweiz.

Die Erdbebenwarte Jugendheim berichtet, daß gestern nachmittag um 3.45 Uhr ein kurzes, frägliches Erdbeben feststellbar wurde. Als Seid kommt die Schweiz in Betracht. Die Entfernungen wurden auf etwa 400 Kilometer geschätzt.

* Kommerzienrat Wolthan f. Mainz, 4. Mai. Gestern nachmittag ist der frühere hessische Zentrumsabgeordnete Kommerzienrat Josef Wolthan nach einer Kogenoperation gestorben.

Mit Josef Wolthan verliert die hessische Zentrums-Partei einen ihrer verdienstvollsten Führer, der vor zwei Jahren infolge schwerer Erkrankung seine Mandats niederzulegen gezwungen war. Josef Wolthan war am 7. April 1862 in Mainz geboren. Nach dem Besuch der Gymnasien von Heilbrunn und seiner Vaterstadt, wo er 1880 das Abiturientenexamen bestand, trat er ins väterliche Geschäft. 1907 bis 1919 war er Stadtverordneter und Mitglied des Kreistages von Mainz. Der hessischen Kammer gehörte er von 1899, als er den Wahlkreis Gornheim-Niedersolms zum ersten Male für die Zentrums-Partei erobert hatte, bis zu seiner Mandatsniederlegung im Jahre 1918 an. In der hessischen Kammer war Wolthan einer der gewissenhaftesten und pflichterfülltesten Abgeordneten, geschätzt von allen Parteien als Parlamentarier u. insbesondere als hervorragender Sachkenner im Finanzwesen. Dem Vorstand der hessischen Zentrums-Partei gehörte er lange Jahre an, ebenso als Vorsteher der Kammer des Mainzer Zentrums. Eine glänzende Rednergabe brachte es mit sich, daß er ein gern gehörter Redner besonders in großen politischen Versammlungen und auf den hessischen Katholikentagen in Mainz, Bingen, Offenbach und Wiesbaden war. Im Stadtparlament wie auch außerhalb desselben widmete er sich mit ganz besonderem Eifer den sozialen Aufgaben. Wolthan war ferner einer der geschäftlichen Führer der hessischen Kaufmannschaft. Erst 58 Jahre alt, wurde der Unermüdete nun 55 aus einer geordneten Wirkamkeit gerissen. R. J. p!

Wahlbewegung.

Neues Wahlkampfprüfzeug.

Von Dr. A. Röder-Verein.

Generalsekretär der preussischen Zentrumspartei.

An alle Mitglieder der Zentrumsfractionen, alle Organisationsleiter und Vertrauensleute der Partei, alle Parteifreunde, alle Berufs- und Standesorganisationen, die der Zentrumspartei nahesteht! Bitte ausführen und aufheben!

Der bevorstehende Wahlkampf fordert alle Kräfte der Partei auf den Plan. Einem gewaltigen Aufmarsch stehen wir gegenüber, mit allen Mitteln müssen wir uns wappnen. Aufklärung ist zu tragen in Stadt und Land, in die entlegenste Dörfer, in das höchste Dachstübchen. Das wird nicht möglich sein, ohne umfassendes und zuverlässiges Aufklärungsmaterial. Da hat das Landessekretariat der preuss. Zentrumspartei von sachkundigen Leuten 17 Schriften bearbeitet lassen, deren Inhalt den Stand der Politik bis zur Gegenwart wiedergibt. Mögen alle Beteiligten sich ihre Dienste machen, besonders durch einen geregelten Schriftverkehr in den Wahlverkündigungen. Diesen Vertrieb sofort zu organisieren, in jeder Stadt, nicht minder auf dem Lande, möge die nächste Sorge der Parteileitungen sein.

Die Schriften behandeln folgende Gegenstände:

1. Zentrum und Regierung 12 S. Großformat.
2. Reich und Länder 12 S. Großformat.
3. Staat und Kirche in Preußen, 12 S. Gr.
4. Zentrum und Schule, 16 S. Gr.
5. Die Reform der Verwaltung in Preußen, 8 S.
6. Zentrum und Gebirge, 8 S. Gr.
7. Zentrum und Lehrer, 8 S. Gr.
8. Zentrum und Landwirtschaft, 16 S. Gr.
9. Zentrum und Handwerk, 8 S. Gr.
10. Zentrum und Handel, 4 S. Gr.
11. Zentrum und Arbeiterfrage, 12 S. Gr.
12. Zentrum u. Beamte, Angestellte etc., 8 S. Gr.
13. Zentrum und Angestellte in Handel und Industrie, 8 Seiten Großformat.
14. Zentrum und Frauenwelt, 8 S. Gr.
15. Zentrum und befestigtes Gebiet, 4 S. Gr.
16. Das Zentrum als christl. Volkspartei, 8 S. Gr.
17. Zentrum und Revolution, 12 S. Gr.

Das gebotene Material ist vorwiegend der preussischen Politik entnommen. Jedoch erstrecken sich die Nummern 1-4, ferner 6, 8, 9, 11, 12, 14, 16 und 17 auch auf Reichsangelegenheiten. Bestellungen sind umgehend zu machen, damit der Versand noch vor dem 15. d. M. erledigen kann. Bestellungen, die auf weniger als 100 Stück insgesamt lauten, können vor dem 16. ds. nicht erledigt werden, da zunächst die Organisationsleitung beliefert werden sollen.

Da die Schwierigkeiten der Drucklegung, besonders des Nachdrucks neuer Auflagen wegen der Kürze der Zeit eine Ausnutzung des gesamten Materials notwendig machen, können Kommissionsaufträge nicht berücksichtigt werden. Es werden deshalb nur feste Bestellungen erledigt. Die Bestellungen sollen durch ein Mitglied der Organisationsleitung der Partei in dieser seiner Eigenschaft erfolgen. Die Hälfte des Betrages ist sofort nach Empfang zu begleichen, der Rest spätestens Mitte Juni. Die Preise stellen sich wie folgt:

Nr. 18: 10 Bfg., 100 Stück 9 M., 500 Stück 42,50 M.
Nr. 10 und 15 je 15 Bfg., 100 St. 13,50 M., 500 Stück 63,75 M.
Nr. 5, 6, 7, 9, 12, 14 und 16 je 30 Bfg., 100 Stück 37,50 M., 500 Stück 197,50 M.
Nr. 1, 2, 3, 11 und 17 je 45 Bfg., 100 Stück 40,50 M., 500 Stück 191,25 M.
Nr. 4, 8 je 60 Bfg., 100 St. 54 M., 500 St. 235 M.

Porto und Verpackung hat der Empfänger zu tragen.

Außerdem seien für den Wahlkampf empfohlen die Flugschriften: Nr. 1: Adolf Hoffmann und die Jugendbewegung; Nr. 2: Christentum und Sozialismus; Nr. 3: Sozialismus und die Würde der Frau. Preis jeder Flugchrift 25 Bfg., 10 Stück 1,90 M., 50 Stück 8,30 M., 100 Stück 15 M.

Ferner warm empfohlen wird von der Fraction und hervorragenden Parteiführern: Die Zentrumsfraction in der Preuss. Landesversammlung, ein Handbuch über die Landeswahlen und die Zentrumsfraction, von Dr. A. Röder, 96 Seiten, Preis 1,75 M., 50 St. 74,50 M.

Gute Dienste wird leisten die Mitteilungsliste: August Bebel, Christentum und Sozialismus, 1000 Stück 30 M.

Bestellungen sind zu richten an das Landessekretariat der preussischen Zentrumspartei, Berlin W. 9, Königgräberstraße 22. Fernruf: Amt Lübow 2597, Telegrammadresse: Zentrumspartei Berlin, Königgräberstraße 22. Postfachkonto: Berlin Nr. 64 530. Generalsekretär Dr. A. Röder.

Kasse.

1. Dehn, 6. Mai. Der am letzten Sonntag abgehaltene, sehr erfolgreiche Zentrumsvorversammlung sei noch folgender Kommentar gewidmet: Das freimütige und lokale Gehörnis des sozialdemokratischen Partei-mannes Wellhöfer, daß Sozialdemokratie und Katholizismus unvereinbar sind, hat schon vielerorts, wie ein reizendes Gewitter gewirkt. — Nachdem auch katholischen Mitarbeiter fiele die roten u. rötlichen Schuppen geradezu rauchweise von den Augen, so daß er auf einmal recht klar und deutlich seinen Irrtum einsah, in dem er vielleicht Jahre gelebt hatte. Daraus ist das dem zweiten Diskussionskatheter, einem gewissen „neueigenen“ Kaufmann Jacobus zu verdanken, er war eine lebendige Illustration zu dem Wellhöferschen Bekenntnis. Nach einem pantheistischen Wütenpraktischer, verleihe er die religiösen Gefühle der Katholiken auf geschäftliche, indem er von dumpfen Riesen und finsternen Geistesbildern des Katholiken die Empörung und Entrüstung war so allgemein, daß hierdurch Herr Jacobus „leider“ verurteilt wurde weitere „Bekenntnisse einer roten Seele“ vorzubringen. Um die Stimmung der Versammlung zu verstehen, muß man bedenken, daß ein großer Teil derselben gerade in der Raiaandacht vor einem schön geschmückten Muttergottesbild gekniet und gebetet hatte. — Die sozialdemokratische Presse nennt solche allzu aufrichtigen Genossen, die fröhlich aus der sozialistischen weltlichen Schule (schwoogen) — Kasse. So ein Kasse war also auch der Rühmer Genosse, der damit drohte den Katholiken die Frontalprojektion des Kaput zu machen, oder ein Kasse Genosse, der meinte die Kasse hätte auch die längste Zeit allein den Briefen zur Verfügung gestanden. Kasse ist eine linde Umschreibung für Gek. Wir haben uns nun nicht länger mit der Einteilung der Genossen in Kasse u. Diplomaten etwa zu befassen, und gemäß der Ausspruch von August Bebel: Die Sozialdemokratie erstreckt auf religiösen Gebiete des Nihilismus — Gottesvergessenheit.

1. Köhr, 5. Mai. Am nächsten Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr wird im hiesigen katholischen Vereinshaus Herr Parteifreund Schaeven aus Köln sprechen. Herr Schaeven tritt als einer der hervorragendsten Redner der Rheinprovinz. Öffentlich findet er ein volles Haus. Gerade hier muß keins der Zentrumspartei außerordentliches geleistet werden.

Die Frage der Entschädigungssumme.

Die Frau meldet aus Rom: Die auf der Konferenz von San Remo besprochene Frage der Entschädigungssumme Deutschlands hat nicht endgültig gelöst werden können, weil die zutreffende Entschädigungssumme in Spa mit dem deutschen Reichsfiskus erst besprochen und vereinbart werden soll. Die Konferenz in Spa soll eben ausschließlich dem Zwecke dienen, über die Höhe der Entschädigungssumme zu beraten und die beiderseitigen Berechnungen der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und ihre Unterlagen zu prüfen. In der alliierten Presse wurden Summen von 50 Milliarden in Gold genannt. Diplomaten, die mit der Konferenz gute Nahrung unterhalten, berichten, daß Frankreich allein 60 Milliarden und Belgien 20 Milliarden gefordert hätten, daß jedoch zum Schluß die Forderungen stark herabgesetzt wurden, nachdem Lloyd Georges Erklärung über Deutschlands Zahlungsunfähigkeit die Gemüter etwas abgekühlt hatte. Die Vertreter Frankreichs hatten auch einen Gegenvorschlag gemacht, um die Höhe der Entschädigung vorläufig noch nicht festsetzen zu müssen und dafür von Deutschland jährlich 3 Milliarden Mark in Gold zu fordern. Ritti macht aber darauf aufmerksam, daß es für Deutschland unmöglich sei, Anleihen in der Welt zu erhalten, wenn die Gläubiger nicht wüßten, wie hoch das Vermögen des Schuldners belastet sei. Dieser umhülleren Finanzpolitik solle Frankreich selbst zum Opfer, weil die Neutralen auch Frankreich solange keine Kredite gewähren wollen, bis feststeht, was es bestimmt von Deutschland zu fordern und zu bekommen Aussicht habe. Ritti, der mit äußerster Sachlichkeit die französische Auffassung des Abwärtens widerlegt, hat die Bemerkung, daß Lloyd Georges ihm schließlich beipflichtete und beantragte, über die Festsetzung der Entschädigungssumme auf der nächsten Zusammenkunft Vorschläge zu unterbreiten. Die in der Presse auftauchenden Angaben über die Höhe der Entschädigungen entsprechen also nicht irgendwelchen Beläufen, da die Frage erst während oder nach der Zusammenkunft mit dem deutschen Reichsfiskus zur Lösung kommt. Es liegen jedoch sichere Anzeichen vor, daß England alles versuchen und darin von Italien unterstützt wird, um die Höhe der Entschädigungssumme mit Deutschlands wirklich möglichen Leistungen in Einklang zu bringen. Auch sollen die jährlichen Einlagen entsprechend der zunehmenden Leistungsfähigkeit im Voraus festgelegt werden.

Die „Auflösung“ der Brigade Ehrhardt.

Berlin, 3. Mai. Gestern vormittag fand im Ministerlokal, wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, eine Besprechung des Hauptmanns Schorn und des mit dem Führer der Marinebrigade in Odenlandkapitel Ehrhardt statt. Schorn trug seine Pläne vor, die Reste der Marinebrigade in Odenlandkapitel und Domänen nach dem Willen der Botschaft anzubekunden. Kapitän Ehrhardt, der über die Schornsche Kapitulierung vollkommen unterrichtet war, erklärte sich mit dieser „Auflösung“ der Marinebrigade vollkommen einverstanden. Er sei überzeugt, daß seine Leute gern und rückhaltlos auf diese Vorschläge eingehen werden, wolle jedoch nicht früher vor seine Brigade treten, als die Regierung ihm Gewährung gegeben habe, daß die Pläne auch wirklich durchgeführt werden. Da die ganze Brigade ihrem Führer unbedingt ergeben sei und nie etwas ohne oder gegen diesen unternehmen würde, sei Schorn sofort nach Berlin zurückgekehrt, um von der Regierung bindende Zusagen zu erhalten. Er hoffe, daß die Auflösung der Marinebrigade bis Ende nächster Woche formell beschlossen, mit den Vorarbeiten sofort begonnen und die Auflösung der Formation so geregelt werde, daß die einzelnen Truppen unmittelbar in das ihnen zugewiesene Arbeitsgebiet abgehen können.

Die preussischen Besoldungsgesetze.

Die von der Preussischen Landesversammlung einem Ausschuss überwiesenen sind, bestehen aus einem Mantelgesetz mit 8 Vorlagen. Diese acht Vorlagen sind:

1. Das Beamten-Dienstentgeltgesetz (stimmt in allen Punkten mit der Reichsvorlage nach den Beschlüssen der Rationalisierungsversammlung überein);
2. ein Entwurf über die Regelung der Pensionen Ansprüche der zum 1. April 1920 oder zu einem früheren Zeitpunkt in den Ruhestand versetzten Beamten und ihrer Hinterbliebenen;
3. ein Volksschullehrer-Dienstentgeltgesetz (stellt die Lehrer mit Gruppe 7 der Besoldungsordnung gleich);
4. ein Entwurf zur Aufbesserung des Dienstentgelts der evangelischen Geistlichen (der Staat gewährt den Landeskirchen der älteren Provinzen eine Rente von jährlich 61 460 000 M., den Landeskirchen der neuen Provinzen eine Rente von jährlich 23 340 000 M.);
5. ein gleiches Gesetz für katholische Geistliche, Staatszuschuß jährlich 29 300 000 Mark. Die Dienstentgeltsumme betragen 1/2 des Dienstentgelts der evangelischen Geistlichen;
6. ein Gesetz betreffend Dienstentkommen der Leiter und Lehrer an nichtstaatlichen höheren Lehranstalten. Sie werden dem Kollegen an staatlichen Anstalten gleichgestellt;
7. ein Gesetz betreffend den preussischen Anteil an der Grunderwerbssteuer;
8. ein Gesetz zur Erhebung von Zuschlägen für Grunderwerbssteuer. Der Staat erhebt rückwirkend vom 1. Oktober 1919 einen Zuschlag von 10 Prozent zur Staatskasse.

Die Vorlagen erfordern Ausgaben von 4043 Millionen Mark.

Der Oberste Rat.

Paris, 5. Mai. Die von Londoner Vertreter des „Tembis“ mitteilt, soll man in Kreisen des Obersten Rates der Ansicht sein, dieser Oberste Rat müsse internationalen Regierungen organ werden. Es sei nicht unmöglich, daß eines Tages die Aufnahme der deutschen Delegierten in den Obersten Rat in Betracht gezogen werde, ebenso früher oder später die Vertreter Rußlands. Dann würde neben dem Völkerbund ein internationales Regierungsgremium aus den Ministerpräsidenten aller Staaten bestehen.

Auslieferung eines Spezialisten.

Berlin, 4. Mai. Das eidgenössische Bundesgericht hat dem Auslieferungsbefehl der badischen Regierung betreffend den in Basel verhafteten Spezialisten Heinrich Schäfer, der wegen Betrugs und schwerer Urkundenfälschung verurteilt wird, stattgegeben.

Die Ministerreise in Spanien.

Madrid, 5. Mai. Der König leitete gestern Beratungen zur Lösung der Ministerreise ein. Politischen Kreisen ist man für die Fortsetzung einer konservativen Politik unter Zusammenfassung aller konservativen Elemente mit Salazar oder Dato an der Spitze. Man erklärte sich gleichfalls für einen konservativen Block, um eine energiegeladene Regierung zu bilden, die das Land retten könne.

Ein Handelsabkommen zwischen Memel und Litauen?

Memel, 5. Mai. Nach längeren Verhandlungen hat sich die litauische Regierung bereit erklärt, die Ausfuhr von Rohstoffen für das Memeler Gebiet gegen den üblichen Ausfuhrzoll zugunsten. Die Verhandlungen sollen bei dieser Gelegenheit gleichzeitig Verhandlungen über den Anschluß eines Handels- und Wirtschaftsabkommens zwischen dem Memelgebiet und Litauen stattfinden haben. Von der litauischen Regierung soll dabei angeregt worden sein, die alte Zollgrenze zwischen dem Memelgebiet und Litauen aufzuheben und eine neue gemeinsame Zollgrenze am Memelstrom zu errichten.

Das unruhige Mexiko.

London, 5. Mai. In Tampico sind zwei Amerikaner ermordet worden. Die amerikanische Regierung hat daraufhin zwei Korpsbodenscherzer nach Tampico abgeschickt.

Provinzielles.

Ein sozialdemokratischer Kurs für Arbeiterinnen

Wird von der Zentrale des kathol. Frauenbundes für das Bezirkssekretariat Heisen-Rasau, dessen-Darstellung und das südliche Rheinland am 15., 16. und 17. Mai in Frankfurt a. M. veranstaltet. Die Vorträge beginnen am Samstag 15. Mai, nachm. 3 Uhr, im Marienhof, Seilerstr. 20, mit der Einführung in die Idee und Methode der sozialdemokratischen Schulung der Frau (Oberlehrerin Freuer, Dr. Emma Wingerath). Am 16. Mai ist die Besprechung über Parteieinführung, Parteipolitik, Streit- und Zeitfragen der Sozialpolitik (Dr. Julia Dünner, Hedwig Dornfeld, M. d. R.). Am 17. Mai die heftige Besprechung in ihren Grundzügen, Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen mit besonderer Berücksichtigung der Berufstätigkeit (Frau Prof. Göttemer, M. d. R., Volkshaus, Dr. Emma Wingerath).

Der Kursus ist für solche Teilnehmerinnen gedacht, die bis jetzt schon in politischer oder führender Gemeindefunktion tätig waren, oder sich für diese zur Verfügung stellen, insbesondere auch für die Vorstände unserer Frauenvereine. Anmeldungen werden umgehend an die Leiterin des Kursus Frau Oberlehrerin Freuer, Frankfurt a. M., Schindlerstr. 7, erbeten. — Der Zweigverein Frankfurt hat sich bereit erklärt, für evtl. Wohnungsbemerkungen Sorge zu tragen. Wohnungsanmeldungen sind an die Vorstände des Zweigvereins Frau Clara Kreuzberg, Frankfurt a. M., Sönnichstr. 51, zu richten.

X. Niederzweilheim, 5. Mai. In den Gemeindefunktionen von Niederzweilheim sollten sich mehrere Arbeitervereine befinden. Man will dieser Tage ein Arbeitervereins mit mehreren Jungen gesehen haben. Dem Jagdschützen von hier ist es nun gelungen, ein dieser Tiere einzufangen. Das Tier ist ungefähr ein Vierteljahr alt, kann sich aber nicht an die Gefangenschaft gewöhnen, ist recht menschchen und frisst nur rohes Futter.

X. Seel, 5. Mai. Nachdem unter ehemaliger Herr Pfarrer Ross am 1. Dezember v. J. nach Sattlerheim verlegt und die Pfarrei seitdem durch Herrn Kaplan Quernheim verwaltet worden war, erhielt unsere Gemeinde am 1. d. M. einen neuen Seelfürer in der Person des bisherigen Herrn Pfarrers Peter Leibold, dessen feierliche Einführung heute durch Herrn Dekan Urban von Dornborn stattfand. Die Feier, die um 10 Uhr vorm. begann, nahm, von herrlichem Wetter begünstigt, einen erhebenden Verlauf. Von Herrn Dekan und zwei anderen Geistlichen in kirchlichem Ornate sowie einer Abordnung des hiesigen St. Josefvereins, letztere mit Fahne, und einer Schaar mitgeleiteter Kinder, wurde unser neuer Seelfürer vom Pfarrhaus abgeholt und in unser feierlich geschmücktes Gotteshaus geleitet, während die Orgel machtvoll das „Ave creator“ ankündete. Hierauf hielt Herr Dekan Urban eine Ansprache, in der er sich seines Bischofs, Auftrages durch offizielle Vorstellung des Herrn Pfarrers Leibold ernannte und beglückwünschte auf die hohe Bedeutung und Würde des Priesters sowohl zu jedem Einzelnen, als auch zur ganzen Gemeinde hinwies. Ab dann legte unser neuer Seelfürer laut und feierlich das Glaubensbekenntnis und das Gebetsbuch unterbrücklicher Kreuze zur Kirche, insbesondere zu seinem Bischof und seiner ihm anvertrauten neuen Pfarrgemeinde. Sodann erfolgte die Heilige Messe, unter nachmaligem feierlichen Hinweis der übernommenen großen Verantwortung und der später von unsern ewigen Richter zu gebenden Rechenschaft über die Verwaltung der Pfarrgemeinde. Mit einem hierauf folgenden Dankamt für Seelfürer und Gemeinde fand die erhebende Feier ihren Abschluß. Möge unser neuer Seelfürer, den wir von unserm Nachbarort Westerbe der bereits kennen und schätzen gelernt und den seine bisherigen Pfarrkinder nur sehr ungern scheiden gesehen haben, auch in unserer Gemeinde, die ihn unter herzlichem Willkommen zum voraus ihres vollen Vertrauens versichert, eine ebenso segensreiche Wirkksamkeit entfalten, wie sein unvergesslicher Vorgänger Herr Pfarrer Ross am 1. d. M. Gottes, zum Heile jedes Einzelnen und zum Wohle der ganzen Gemeinde!

1. Montabaur, 6. Mai. An den nächsten zwei Sonntagen sind in Montabaur die Geschäfte bis 4 Uhr nachmittags offen.

1. Biebrich, 5. Mai. Landrat Rüfer von hier erhielt eine vorübergehende Abberufung nach Kreuznach, die durch den Tod des dortigen Landrats erforderlich geworden war.

1. Gernsbach, 6. Mai. Am vergangenen Sonntag hat sich hier eine Feiern, Feuerwehr auf Grund eines neuen Ortsnachts neu gebildet. Ansehend an die bisherige Feiern, Feuerwehr hat sich diese Neugründung ohne Schwierigkeit gelöst. Grundhiesig ist jeder männliche Gernsbacher Bürger bis zum 45. Lebensjahre feierwehrpflichtig. Wer der Feiern, Feuerwehr nicht beitrifft, muß eine jährliche Abgabe an die Stadt entrichten, die ihrerseits die Mittel für die Ausrüstung und anderen Unterhalt der Feiern, Feuerwehr gibt. Auch ist vorgesehen, daß den Mitgliedern eine entsprechende Vergütung für die Stunden der Übungen gezahlt wird. Es ist anzunehmen, daß die Frage des Feuerwesens auf diese Weise für unser Wäldchen auf das Glücklichste gelöst ist. — Am vergangenen Sonntag fand auf der Wäldchen eine Treibjagd auf Wildschweine statt, wobei fünf Treibjäger erlegt wurden. Am anderen Tage gelang es zwei Jägern, je einen Treibjäger lebend heimzubringen. Die Treibjäger Vorstehende fanden allseitiges Interesse und vielfach wurde man den Wunsch äußerte, daß es doch gelingen möge, sie aufzusuchen. Aber trotz der besten Pflege gingen die beiden Treibjäger ein und die Freude war nur von kurzer Dauer.

1. Hildesheim, 4. Mai. Die Niederrheinbahn wird, da für absehbare Zeit eine Rentabilität nicht mehr zu erwarten, den Betrieb einstellen müssen. Die Gesellschaft erhofft durch den Verkauf des beweglichen und unbeweglichen Materials ihren Verbindlichkeiten nachkommen zu können. Die Städte Hildesheim und Nienburg-Harsten wollen jedoch die Gesellschaft zur Wiederaufnahme des Betriebs zwingen. Es ist möglich, daß die Städte den Bahnbetrieb selbst übernehmen.

1. Frankfurt a. M., 5. Mai. Auf die Kunde von dem Vorgehen des französischen Militärs bei der Besetzung Frankreichs, veranstaltete die deutsche Kolonie in

Basparaiso eine Geldsammlung, die 2500 M. ergab. Dieser Betrag soll der Stadt Frankfurt zur Auszahlung an die Hinterbliebenen der bei den Zwischenfällen getöteten Frankfurter Bürger ausbezahlt werden.

1. Frankfurt a. M., 6. Mai. Unter dem schönen Namen „Krieg und Frieden“ (1) reiste der Schmeich Bruno Schaefer seit 1918 durch die Rinde und verleihe überall, wohin ihn das Schicksal schickte, Unterhaltungen und Vorträge in geradezu unglaublicher Weise. In Frankfurt begann die Vortragsreise, in Kasselberg verließ er sich falsche Militärpapiere, in Tilsit war er Flieger und bis zur Revolution in Ost, dann tauchte er in Hamburg auf und hier wurde der Verbrecher Gerichtssoffizier beim Soldatenrat, mußte aber wegen Unterdrückung flüchten. In Berlin begann er ein Dacheisgeschäft, brannte hier mit 8000 M. durch und eröffnete in Leipzig ein Autoverleih. Hier füllte er für 150 000 M. Wechsel. Dann gab er in Chemnitz Gastrollen, vorübergehend in Frankfurt, Wiesbaden, Kassel. In Kassel i. d. Rhine verleihe er Einträge, wurde eingekerkert, brach aus und verleihe sich in Leipzig bei den Reichswehrmännern. Nach dem Leipziger Gefecht ließ er sich bei den Bolschewikern anwerben, unterstellte hier nach alter Gewohnheit alle erzielbaren Gelder, verleihe über eine Anzahl nord- und mitteldeutscher Städte nach Leipzig zurück und hatte hier das Recht, mit seiner „Frau“ der Kriminalpolizei in die Hände zu fallen. Ein bemerkt Verbrecherleben, bezeichnend für unser revolutionäres Zeitalter, hat damit vorübergehende für längere Zeit Ruhe.

1. Frankfurt, 7. Mai. Die Einträge in Privatwohnungen haben nach kurzer Ruhe wieder beträchtlich genommen, daß im Durchschnitt täglich 20 Einträge zur Anzeige kommen, bei denen Werte über 10 000 M. in jedem Falle gezeichnet werden.

* Kassel, 4. Mai. Die Landwirtschaftskammer Kassel plant die Errichtung von Rasterwirtschaften in möglichst vielen Kreisen der Regierungsbezirke Kassel. Es war eine besondere Kommission eingesetzt worden, um die Einzelheiten dieses Planes festzustellen. Dieser ist gegeben. Die Vorschläge lehnen sich an die bewährten Einrichtungen anderer Provinzen an, berücksichtigen aber zugleich die besonderen Verhältnisse. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer stimmte in seiner letzten Sitzung den gemachten Vorschlägen zu und setzte aus gleich fest, daß die obere Grenze für die Rasterwirtschaften 150 Morgen betragen soll.

Entlassung der Frankfurter Polizei.

* Frankfurt, 5. Mai. Auf Anordnung der französischen Besatzungsbehörden mußte heute früh das Polizeipräsidium seine Waffen abliefern. Es wurden ihm nur etwa 500 Gewehre für die uniformierte Schutzmannschaft in Stärke von 525 Mann befohlen. Außerdem darf jeder Schutzmann einen Säbel und einen Revolver behalten. Für die rund 1000 Hilfs-polizisten stehen zusammen nur etwa 150 Revolver zur Verfügung, eine Waffensammlung, die unzureichend ist für den Schutz und die Sicherheit der Frankfurter Bürger durch die Polizei. Diese Maßnahme dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die Franzosen die Entlassung des vor sehr Tagen auf Anordnung der Reichsregierung wegen Hochverrats hier verhafteten Kommunisten Rinker, genannt Ernst König, fordern, ein Ansehen, das von den deutschen Behörden ausgelehnt worden ist. Die hiesigen Behörden haben die Franzosen auf den Weg der Verhandlung zwischen den autonomen Regierungen hingewiesen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Polizeipräsident Müller wegen dieser Angelegenheit sein Amt niederlegt.

* Frankfurt, 5. Mai. Die französischen Militärbehörden verlangen heute vom Polizeipräsidium die Herausgabe der von diesem seit der Revolution für die Hilfspolizei aufbewahrten Waffen. Die Auslieferung erfolgte. Der 1500 Mann starken Polizei, die sich aus 500 sogenannten blauen Polizisten und 1000 Hilfspolizisten zusammensetzt, verbleiben nach der Ablieferung nur ungefähr 600 Gewehre. Präsident Giller glaubt daher, wie wir hören, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nicht mehr tragen zu können und stelle deshalb der Regierung sein Amt zur Verfügung; gleichzeitig reichte er dies in einem kurzen Schreiben dem französischen General Vidalon mit. Er bleibt jedoch so lange im Amt, bis die Entschcheidung des Ministeriums eingetroffen ist.

Kommunikat überflüssig! Ansehend führt sich die französische Garnison Frankfurt durch die Schutzwaffen der Hilfspolizei in ihrer Sicherheit beunruhigt. Die Maßregel des französischen Kommandanten findet aber großen Beifall bei allen Dieben, Gaunern und sonstigen lichtschweren Gefährten der Großstadt, das einer unbewaffneten Polizei natürlich auf der Nase herumtun kann.

Lokales.

Limburg, 7. Mai.

— Reine Woche, vom nächsten Sonntag, dem 9. bis Sonntag, den 16. Mai liegen auf dem Rathaus die Wählerlisten aus. Jeder, der in den Listen nicht eingetragen ist, wird am Wahltag zur Abgabe seines Stimmzettels nicht zugelassen, ist also an der Ausübung seines wichtigsten Bürgerrechtes verhindert. Ueberzeuge sich also jeder Zentrumswähler davon, ob er in den Listen eingetragen ist. Familienwähler, begg, Familienverbände sollen vor allem darauf achten, ob ihre wohlberechtigten Familienangehörigen, Frau, Kinder u. sonstige wohlberufte Personen, die in ihrem Haushalt leben, in den Listen stehen. Vor allem möchten wir Parteifreunde, die noch nicht lange in Limburg anässig sind, bitten die Listen zu prüfen. Parteifreunde, Zentrumswähler, die Mitglied der Vollständigkeit der Wählerlisten ist wesentliche Voraussetzung zu einem guten Wahlergebnis. Denkt hieran und handelt danach. (Siehe Anzeigenbeil.)

— Konzert des M.-G.-B. „Eintracht“. Wir möchten nicht verfehlen, das Publikum hierdurch nochmals auf das am Sonntag den 9. Mai nachmittags 4 1/2 Uhr und abends 7 Uhr stattfindende Konzert hinzuweisen. Der Verein bringt ausschließlich nur größere Werke für Chor, Soli u. Orchester, welche zu dem Besten der Männerchorliteratur zählen. Wir verweisen auf die erläuternden Ausführungen in Nr. 78 des Kassauer Boten. Allen Kunstfreunden kann der Besuch des Konzertes recht warm empfohlen werden. Trotz der enormen Unkosten findet die Eintrittspreise im Vergleich zu anderen Veranstaltungen minimal. Das Konzert beginnt pünktlich um 4 1/2 und 7 Uhr und ist in circa 2 1/2 Stunden beendet.

— Der Wert der Gefellenprüfung. Viele junge Leute haben ihre Jahre verstreut; für sie tritt ein neuer Lebensabschnitt ein. Für die ihre Jahre nicht richtig ausgenutzt haben, wird es ein schwerer Kampf werden, denn in Zukunft wird nur der existieren können, der auch wirklich etwas leisten kann. Es kann daher nicht genug davon Gehör empfohlen werden, bei Beendigung seiner Lehrgang die Gefellenprüfung abzugeben, wodurch er erst zum Gefellen geteilt wird. Wenn ein Lehrgang die Gefellenprüfung nicht abgelegt hat, so muß er immer nur als Hilfsarbeiter angesehen und entlohnt. Es ist ihm also nicht möglich, in manche Spezialbetriebe hinzuzukommen. Zudem ist die Gefellenprüfung die Voraussetzung zur Meisterprüfung.

— Durch das Schalen von roten Kartoffeln geht viel verloren. Erhalten 60 Millionen Einwohner wöchentlich je sechs Pfund Kartoffeln, so kommen wir auf einen Jahresverbrauch von rund 18 Milliarden Pfund. Davon gehen beim Schalen rund

Für die uns anlässlich unserer Vermählung erwiesene Aufmerksamkeit sagen

herzlichen Dank

Hugo Dill und Frau
Anna geb. Litzinger.

Limburg, im Mai 1920.

7209

Sonntag, den 9. Mai, nachm. 3 Uhr
findet in Dorndorf bei Frickhofen eine
große Aufführung des

„Wilhelm Tell“

statt. Die Handlung spielt

im Freien

in einer wildromantischen Umgebung, die
dem Charakter des ursprünglichen Hand-
lungsortes voll und ganz entspricht.

Die Kostüme sind ebenfalls der Zeit an-
gemessen.

Zum 2. Male wird das Stück aufgeführt:
am Donnerstag, den 13. Mai (Christi
Himmelfahrt), nachmittags 1/4 Uhr.

Eintritt 3 Mk.,
numerierter Sitzplatz 4.50 Mk.,
Kinder 1 Mk.

Es ladet freundlichst ein

7222

Der Spielleiter.

Anschließend an das Volksstück „Wilhelm Tell“
hält der Junggesellen-Verein „Hidelo“ am
Sonntag, den 9. Mai im Saale des Gastwirts Koch

öffentliche

Tanzbelustigung

ab. Es ladet freundlichst ein

7222

Der Vorstand.

Lichtspiel-Theater ELZ.

Samstag, den 8. Mai, v. 8 Uhr ab,
Sonntag, den 9. Mai, v. 7 Uhr ab:

Der Weg durch's Tal der Tränen, die am Wege sterben.

Eines Mannes Schicksal in fünf großen Ab-
schnitten. Laster und Leidenschaft führen einen
Menschen von des Lebens sonnenreicher Höhe in die
dunkelsten Tiefen menschlicher Verworfenheit.

In Vertretung.

Urkommliches Lustspiel in zwei Akten
mit: Rolf Lindau-Schulz.

Erhöhte Preise!

644

Jugendliche unter 17 Jahren haben keinen Zutritt.

In unser Genossenschaftsregister Nr. 38 ist heute
eingetragen worden:

„Bäuerlicher Ein- und Verkaufsverein Lenterod,
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haft-
pflicht in Lenterod.“ Gegenstand des Unterneh-
mens ist: Gemeinsame Beschaffung landwirtschaft-
licher Betriebsmittel und Verwertung landwirt-
schaftlicher Erzeugnisse. Vorstand: Landwirt
Johann Blum, Landwirt Anton Müller, Landwirt
Peter Quirnbach, alle in Lenterod. Stammkapital
100 Mark, höchste Zahl der Geschäftsanteile 10.
Zahlung vom 5. April 1920. Die öffentlichen Be-
stimmungen erfolgen in der Mittelrheinisch-
Rheinischen Bauernzeitung in Koblenz. Die Bil-
lenserklärung und Zeichnung für die Genossenschaft
erfolgt durch zwei Vorstandsmitglieder. Die Zeich-
nung für die Genossenschaft erfolgt durch zwei Vor-
standsmitglieder. Die Zeichnung geschieht in der
Weise, daß die Zeichnenden zu der Firma der Ge-
nossenschaft ihre Namensunterschrift beifügen.
Die Einsicht der Liste der Genossen ist während
der Dienststunden jedem gestattet.
Montabaur, den 26. April 1920.
72288) Breunhildes Amtsgericht.

Mehrere tüchtige
Innenputzer und
Sandlanger
gesucht.

Peter Vieten, Studegeschäft
Mülheim (Ruhr), Troststraße 33.
Telefon 1709.

7234

Guterhaltene (7314) Gen
Schreibmaschine zu kaufen gesucht. (7316)
Preisverhandlung. R. Arnold, Baugeschäft,
Hospitalstr. 19, dort. Limburg.

Schuhwaren-Haus

H. Hebgen



Westerburg

Bevor Sie Ihren Pfingstbedarf decken,

besichtigen Sie bitte meine Vorräte in Schuhwaren. Es ist mir gelungen, vor Eintritt
der letzten Preiserhöhungen noch einen großen Posten Schuhwaren

bester Qualität

in allen Sorten und Größen auf feste Lieferung zu kaufen. Die Ware ist jetzt ein-
getroffen und wird mit besonders geringem Nutzen zu

verhältnismässig billigen Preisen

abgegeben. Ich will durch diese Verbilligung meiner Kundschaft wegen des erwarteten
Preisabschlages entgegenkommen, obwohl ein solcher Abschlag noch nicht eingetreten
ist und in absehbarer Zeit auch nicht eintreten kann. Wenn auch die Preise für Vieh-
häute gefallen sind, so kann ein Warenabschlag hieraus erst eintreten, wenn die Häute
gegerbt und verarbeitet sind, was bekanntlich viel Zeit erfordert. Bis dahin müssen die
Schuhfabriken wegen der hohen und noch steigenden Löhne und des teuren Betriebs-
materials an den hohen Preisen festhalten.

Ich bitte meine verehrte Kundschaft um baldigen Besuch, damit sie den Vorzug
großer Auswahl hat.

Besichtigung ohne Kautzang zur Prüfung der Qualität und der Preise gerne gestattet.

Nach wie vor habe ich auch noch den Alleinverkauf der so beliebten

Qualitäts-Schuhmarke „Hassia“.

Hierbei teile ich auf vielseitige Anfragen noch mit, daß ich von den stark begehrten
amerikanischen Militär-Schuhen

noch eine schöne Auswahl besitze, die auf neu hergerichtet zu den bekannten billigen Preisen
abgegeben werden.

Hochachtungsvoll!

Heinr. Hebgen.

7267

Achtung! Achtung! Auf nach Villmar!

Da steht am 8. und 9. Mai
Klenker's Riesen-
Spiegel-Schrank!

Zur Kotten Benutzung ladet ein

Der Unternehmer:

Wilhelm Klenker.

Halte mich für Vereine und Feste bestens
empfohlen.

Habe abgegeben an Wiederverkäufer:

150 Stück Weißblechgießkannen,

4 x Blechfläche mit Bandeisenschiff, 11 Liter Inhalt.

200 Stück Mess- od. Wassereimer,

12 Liter Inhalt.

100 „ Mess- od. Wassereimer,

7 Liter Inhalt.

50 „ Gemüseseihen,

mit und ohne Seitenlöcher.

500 „ Milchsiebe

mit feinem Messinggewebe.

Delfannen, 5, 6, 8 und 10 Liter Inhalt usw.

Unter je 5 Stück werden nicht abgegeben.

Emballage wird zum Selbstkostenpreis zuzuge-
nommen.

7232

Altmeyerrei Wih. Reiz,

Gausen, Post Rangendebach (Rd. Limburg).

Herren- Damen-

Gardaroben Kleider

werden auf werden sofort

neu gereinigt chem. gereinigt

Chem. Waschanstalt

Bender, Limburg a. L.

Annahmestelle: Neumarkt Telefon 83. 6645

Färberei u. chem. Waschanstalt

Oskar Klarner, Siegen

7294

Annahmestelle bei Frau

H. Hartmann, Limburg, Neumarkt Nr. 8,

Wäsche- und Kleider- und Flachplüsch.

Pension

Berggartenhaus Runkel

hat noch

7184

Zimmer mit Pension zu vermieten.

Schöner Sommeraufenthalt, großer Garten,

gute Verpflegung. Telefon 36.

Ripper

werden in größerer Zahl eingestellt.

Burbacher Steinbrüche, G. m. b. H.,

Burbach in Westf.

7287

Benig getragener, ge-
streifter Sportanzug,
reine Friedensware,
1 bl. Statue (Nestling),
1 neue Badabütte,
1 neue Gießkanne
zu verkaufen. (7310)

Rd. Expedition.

Sehr gute Deckbetten,
Bettstellen m. Matratzen,
schöne Stuhlumlegestellen
(Weinen) Nr. 41 und 42
zu verkaufen. (7282)

Rd. Expedition.

Eine Partie
Hafer

innerhalb des Kreises
Limburg zu verkaufen.

Angebote unter 7298
an die Exped. d. Bl.

Guterhaltene 1/2- od. 3/4-
Geige

zu kaufen gesucht. (7299)

Wissenroth,
Daustrasse 113 a.

Ztrompete

zu kaufen gesucht, eventl.
gegen Tenorhorn umzu-
tauschen. (7279)

Offert. an R. Scherer,
Dorndorf (Post Frickhof).

Herren- Anzüge

reichhaltige
Auswahl
zu noch
vorteilhaften
Preisen.

Franz Karl Hagen,
Montabaur.

Sonntag
bis 4 Uhr offen.

7289

1 grauer Mäntel,
1 brauner Mäntel u.
verschiedene Herrenkleid-
stücke (mittl. Gr.), alles
gut erhalten, 1 Paar neue
braune Militärhosen,
Nr. 41, zu verkaufen, ob-
gegen Lebensmittel um-
zutauschen. (7305)

Diezerstr. 92 dort.

Gutgehendes Rigaren-
oder Delikatessengeschäft
zu kaufen oder pachten
gesucht. Westertal und
Rangendebach bevorzugt.

Offert. mit Preisang.
unt. 7174 an die Exped.

1 Wasser-Gummischlauch
mit Aufschlag und Bor-
richtung, 10 Mtr. lang,
zu verkaufen. Gebräuch-
lich für Gärten und An-
lagen zu begießen.

Zu erfragen: (7254)

Salzstraße 9, 2. Et.

Guterhalt. gebrauchter
Sommerwagen

1 Einspänner-Werbe-
wagen mit Geschütz zu
verkaufen. (7234)

Dangemelingen,
Daustrasse 3.

2 Benzinflässer

zu kaufen gesucht. (7233)

Beier Friedrich,
Weidenbach (Westertal).

(7297)

Grangemeint.
Wess. Hl. Kathol. 28
J. alt, hässl. wohlgezog.,
wünscht die Bekanntschaft
eines gebild. charakt. Herrn in fester Lebens-
stellung, im Alter von 28
bis 30 Jahren, jüdisch
Geist. Nur ernstlichen
Briefe mit Bild unter
7198 a. d. Exp. d. Bl. erb.

Junggeheile, katholisch,
Wöber, 34 Jahre, etwas
Vermög., wünscht jüdisch
Geist die Bekanntschaft
eines tücht. Mädchens mit
etwas Vermögen. Bitte
mit einem Bild nicht
ausgeschlossen. Verzeich-
nenbit Ehrenlade.

Offert. mit Bild, das
zurückgeschickt wird, unt.
7272 an die Exp. d. Bl.

Heirat.

Landwirt, 35 Jahre alt,
m. eigener Hofstelle, Ver-
mögen circa 30.000 Mk.,
sucht jüdisch Geist eigl.
Landwirtsch. nicht unt.
25 Jahren mit entspre-
chendem Vermögen zu ler-
nen. Angeb. unt. näherer
Angabe der Verhältnisse,
wenn möglich mit Bild,
unter 7292 an die Exped.
d. Bl. erbeten. Diskret.
Ehrenlade.

Beteilige mich mit

10-15.000 M.

an irgend einem rentabl.
Unternehmen gleich wel-
cher Art. Schriftl. Offert.
unt. 7189 an die Exped.

Kautschukstempel
Emallschilder
Verzeichnisse etc. für
Kaufleute, wahlweise
Lieferung prompt
G. & P. Labonté,
Limburg
Telefon 167.

1001

Läuferchwein

für Jucht sehr geeignet,
zu verkaufen. (7258)

Hintermeilingen,
Daustrasse 5.

Zwei fast neue, starke Doggaräder

mit Kasse und Federn,
Preis 350 Mark, zu ver-
kaufen. Offerten unter
7262 an die Exped.

Weggerwagen

oder Breck,
leicht aber auf erhalten
zu kaufen gesucht.

Off. u. 7253 a. d. Exp.

6 Pferde, 3 Federwagen

wegen Aufgabe des Ge-
schäftes zu verkaufen.
Chr. Bockhausen,
Boden. (7250)

12 Zentner Roggenstroh

und 12-15 Zentner
Hafer

zu verkaufen für Säch-
sen. Offerten unt. 7263
an die Exped. d. Bl.

Gebrauchter, doppelt
Sportwagen

zu verkaufen. (7257)

Oberbreiten,
Frankfurterstr. 240.

Guterhaltener schwarzer
Krad und Weste

(stärkere Figur) zu ver-
kaufen. (7265)

Die Obermarkt 5.

Ein noch gut erhaltenes Musik-Orchester

zu verkaufen. (7214)

Näheres Expedition.

Damenstrobhut

zu verkaufen. (7190)

Frankfurterstr. 27 a.

26 Raummeter Fichtenholz

für Bäder besonders ge-
eignet, abzugeben. (7300)

Wih. König,
Darmstadt.

Patentlade für Sand-
formen.

1 Kreissägeblatt, 556 30
u. Schreinerhandwerk-
zeug zu verkaufen.

Darmstadt, (7295)

Daustrasse 18.

1 hochtragende Riege
od. 1 freistehende Riege
von zwei die Wahl, zu
verkaufen. (7306)

S. r. r.

Runkel.

Ein Läuferchwein

zu kaufen gesucht.

J. Beller, Artilingen.